

Protokoll: Studentische Vollversammlung: „Flip the switch - 100 Mrd. für die Jugend“

19. Januar 2023

- Beginn: 18:17 Uhr

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung: Yusuf Karaaslan und Shiva Schmidt, Vorstand des Student*innenparlaments

- Anlass für die Einberufung der studentischen Vollversammlung wird erläutert. Durch die andauernde Inflation, die steigenden Kosten und dem Krieg in der Ukraine folgt Krise auf Krise. Das geht uns Studierenden an den Geldbeutel. Wir wollen daher gemeinsam in einen Austausch über die soziale Lage der Studierenden kommen, wie wir mit der Situation umgehen und welche Forderungen wir erheben können.

Moderation für die Veranstaltung wird gewählt. Zur Wahl stehen Shiva Schmidt und Yusuf Karaaslan. Beide werden einstimmig gewählt.

Protokollant*in für die Veranstaltung wird gewählt. Zur Wahl steht Alina. Sie wird einstimmig gewählt.

2. Diskussion über die aktuelle Lage

Debattenbeiträge - Erfahrungen und Probleme, die die Studierenden geteilt haben:

- Probleme eine Wohnung zu finden, schlimme Umstände in Wohnungen wie Schimmel, obwohl die Preise immer weiter erhöht werden.
- Menschen können sich die Wohnung nicht mehr leisten. Kaum jemand bekommt Bafög oder zu wenig, vor allem in Marburg ist das ein großes Problem. Es erfolgt ein Appell zum elternunabhängigen Bafög und höhere Regelsätze, Bafögsatz beträgt weniger als das Bürgergeld.
- Zustand besteht vor allem schon seit Beginn der Pandemie, viele haben ihren Job verloren und sind in prekäre Verhältnisse gelandet und gleichzeitig wird das Leben in allen Bereichen teurer (Mensapreiserhöhung, Wohnungslosigkeit), aber die Löhne steigen nicht. Man bekommt nur Spartipps zum Heizen, obwohl 100 Mrd für Krieg und Aufrüstung ausgegeben werden.
- Studierende sollen eigentlich als Fachkräfte an der Uni ausgebildet werden, während gleichzeitig Fachkräftemangel herrscht und die Berufe werden nichtmals richtig ausgebildet, obwohl das Studium sogar gleichzeitig unbezahlt ist.
- Probleme bestehen vor allem auch bei ausländischen Studierenden, 4000 Euro muss man auf dauerhaft auf dem Konto vorweisen und gleichzeitig besteht kein Anspruch auf Bafög.
- man kann es sich nicht leisten, nicht zu arbeiten und so kann man auch keine unbezahlten Praktika machen
- Leistungsdruck, dass man schnell durchs Studium kommen muss, um das Bafög nicht zu verlieren, obwohl die eigene Lage so prekär ist; Man ist so gestresst, dass man seinen Freizeitaktivitäten nicht mehr nachgehen kann
- 200 € Energiepauschale, dabei kriegen wir 200€ weniger als der Rest. Wenn überhaupt werden damit nur die Nebenkosten abgedeckt, aber nicht die steigenden Preise in allen Bereichen wie die Miete (die 50 % des Einkommens beträgt). Keine Chancengleichheit in der Zugänglichkeit der Bildung
- Appell an das Zusammentun als Studierendenschaft, um dagegen anzukämpfen
- Diese Probleme können nicht voneinander losgelöst gesehen werden, es wird einem die Bildung verwehrt, obwohl der Staat einen Bildungsauftrag auszuführen hat. Es muss aber auch klar sein gegen wen man die Forderungen stellt: Konzerne, die Profite machen
- Unterfinanzierung der Universitäten, es braucht verbindliche Zivilklausel

- Anhand Lützerath sieht man, dass es um die Interessen einiger Weniger geht, die der Konzerne und nicht der Bevölkerung. 100 Milliarden für Aufrüstung, aber das Geld fließt nicht in die Bildung, Gesundheit, etc.
- Probleme in der Wohnung bzgl. Heizungen und undichten Fenstern/Türen, Hausverwaltungen kümmern sich nicht um Probleme der Mieter, auch Studierende haben ein Recht auf ein warmes und schimmelfreies Zuhause
- Die Lehre wird frontaler und unkritischer: Es gibt immer mehr Vorlesungen als Seminare, weniger Lehrpersonal, welches darauf getrimmt ist, den Stoff schnell durch zu ziehen
- Wenn man Bafög nicht bekommt oder dies einem durch Studiengangwechsel abgesprochen wird, müssen viele Studierende bei der KfW einen Studienkredit aufnehmen und sich verschulden
- ***Hinweis auf Resolution und ob Anmerkungen diesbezüglich bestehen -***
- Die Lage am UKGM ist seit der Privatisierung viel schlechter geworden, die Studierendenschaft auf den Lahnbergen darf nicht vergessen werden
- Hinweis darauf, dass alle Probleme, die im Antrag stehen, dafür sorgen, dass man sich nicht mehr mit dem eigentlichen Studium befassen kann
- Klimawandel geht uns alle was an, auch die Universitätsleitung muss sich damit beschäftigen
- Auch Menschen mit Behinderungen oder psychischen Problemen, die ohnehin schon Probleme haben in Regelstudienzeit durch zu kommen und gleichzeitig auch noch Nebenjobs aufnehmen müssen, werden dadurch nochmal stärker eingeschränkt
- Müssen uns auch Sorgen um unsere Zukunft machen: befristete Stellen und schlecht bezahlte Jobs, ein eigenes Haus zu besitzen ist mittlerweile zur Utopie geworden, weil alles so teuer ist.
- Kritik an dem Antrag: Forderungen vor allem in Bezug auf Bildung wichtig, wir leben aber in einer Demokratie und bei den Forderungen darf man nicht vergessen, dass die Interessen anderer Gruppen auch berücksichtigt werden müssen, wenn unsere Interessen durchgesetzt werden sollen, müssen die anderen auch durchgesetzt werden und es braucht auch konkrete Vorschläge von wo das Geld kommen soll
- Entgegnung: innerhalb von drei 3 Tage wurden 100 Milliarden für die Bundeswehr locker gemacht ohne Bürokratie und ohne Vetorecht, während die Mehrheit der Bevölkerung (Arbeitende, Studierende, Kinder) mit so starken Problemen seit Jahren kämpfen: Man kann ein 9 € Ticket zahlen, die Steuerausgaben können umgesteuert werden, es ist keine Demokratie, dass Konzerne bestimmen, welche Preise wir im Supermarkt zahlen, das entspricht nicht den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die von den Konzernen ausgebeutet werden, das Demokratieproblem liegt eben im Gegenteil darin, dass eben nur die Interessen von wenigen Konzernen und nicht von der Mehrheit der Bevölkerung vertreten werden.
- Kritik daran, dass in dem Antrag steht, dass für Rüstung weniger ausgegeben werden sollen: Frage danach, ob es eben nicht doch sinnvoll ist, in Rüstung zu investieren, durch Aufrüstung könnten wir dazu beitragen, dass es zu weniger Konflikten weltweit kommt und so diese Investition wichtig ist
- es geht um das Verhältnis was zwischen Rüstung und der Bevölkerungsinteressen gezogen wird und dabei darum, dass eben 100 Milliarden in Aufrüstung so schnell ausgegeben werden konnten und für uns nicht und nicht um die Debatte, ob für Aufrüstung generell Geld ausgegeben werden soll
- Der Denkfehler liegt darin, dass die Interessen der Gesamtbevölkerung auch von den Konzernen nicht beachtet werden, wir dürfen unsere Interessen mindestens genauso deutlich austragen wie die andere Seite, wenn nicht sogar deutlicher, weil es die Mehrheit der Bevölkerung betrifft

- das Interesse der anderen ist zudem nicht notwendig zur Durchsetzung, wie im Falle von Lützerath, die Kohle dort wird nicht gebraucht, um unsere Energiepolitik zu sichern, sondern es wird nur das Kapital der Konzerne angehäuft
- Politik debattiert gerade darüber, dass sogar 300 Milliarden für Aufrüstung ausgegeben werden soll, während die Gesellschaft untergeht: seit der Pandemie und dem Krieg sieht man deutlicher, welche Interessen die Politik vertritt, weshalb wir nochmal mehr für unsere Interessen einstehen müssen, unsere Rechte, die wir heute haben wurden uns auch nicht geschenkt, sondern das haben unsere Vorgänger für uns erkämpft

Idee zur praktischen Weiterführung des Antrags:

- Am 2. Februar kommt Olaf Scholz nach Marburg, dort können wir mit dem Antrag unsere Forderungen auf die Straßen bringen, um nicht nur über diesen abzustimmen, sondern ihn in der Praxis auch umsetzen
- Auch nach der Steigerung der Mensapreise wurde eine Petition gestartet, um die Meinung der Studierenden kundzutun, was dazu geführt hat das andere von Preissteigerungen abgesehen haben, um Meinungsverschiedenheiten mit Studierenden zu vermeiden
- Olaf Scholz muss als Kanzler auch Vertreter von uns sein und nicht nur der Konzerne, sodass wir an ihn mit unseren Forderungen herantreten müssen, um gehört zu werden
- diese Probleme sind kollektive Probleme: es betrifft nicht nur Studierende, sondern vor allem auch die arbeitende Bevölkerung leidet darunter. Man sollte sich zusammen tun, denn z.B. beim UKGM-Streik finden sich kaum Studierende

Änderungshinweise zum Antrag:

- **Wunschänderung:** man muss auch Menschen mit psychischen Problemen und Behinderungen mehr berücksichtigen
 - **Wunschänderung:** Antrag sollte solidarisch mit den Kämpfen arbeitenden Bevölkerung erklärt werden und zu einem Zusammenschluss aufruft
 - **Wunschänderung:** gewerkschaftliche Kämpfe unterstützen, UKGM, die Studierenden müssen mit den Arbeitenden zusammen stehen
 - **Wunschänderung:** Lage der Beschäftigten an der Uni auch mit bedenken
 - **Wunschänderung:** ob man es mit in den Resolution mit einbeziehen kann, dass man zur Demo am 2.2 aufruft, wenn Olaf Scholz kommt
 - **Wunschänderung:** Situation von internationalen Studierenden mit einbringen
 - **Wunschänderung:** Regelstudienzeit abschaffen
- > ansonsten keine konkreten Widersprüche ersichtlich, keine neuen Anträge

3. Beschlussfassung

- bei der Resolution werden die Änderungen hinzugefügt
- **Abstimmung:** keine Gegenstimmen, zwei Enthaltungen, Rest hat dafür gestimmt

4. Verschiedenes

- Planung der Demo: Schildermalaktion, Eröffnung eines Telegrammchannels
- die Erfahrungen im Pad sollten weiter herantragen und benutzen werden
- Wenn Resolution nochmal zusammengefasst ist, sollte diese nochmal an die Studierendenschaft gesendet werden
- Fokus der Demo sollte auf Mobi gelegt werden, damit nicht nur wir dort sind und das Ganze auch gesamtgesellschaftlich aufziehen und alle miteinbeziehen
- Dazu sollten auch die Gewerkschaften, Parteien und Schülervertreter angefragt werden
- Studentenparlament und der Asta sollte dabei den Aufruf tätigen, wenn möglich auch über den Emailverteiler
- Problem besteht nicht nur regional, man sollte auch versuchen aus anderen Unistädten Leute zu mobilisieren bzw. den anderen ASten anschreiben

5. weiterer Verlauf

- Veranstaltungshinweise, Verabschiedung, mehrere Leute haben sich zur Planung der Demo im Anschluss getroffen und den Telegrammkanal erstellt.